

Städtebauminister Zöpel: Kosten für Denkmalpflege werden „dramatisch“ steigen

geschrieben von Bernd Berke | 7. Februar 1985

Von Bernd Berke

Im Westen. Die Kosten für Erhaltung und Pflege der Baudenkmäler in Landesbesitz werden in den nächsten Jahren „dramatisch“ steigen. Dies prophezeite NRW-Städtebauminister Christoph Zöpel gestern bei der Eröffnung einer Denkmalschutz-Ausstellung in Düsseldorf.

Die Folgen des „Steinsterbens“ seien, weil irreparabel, womöglich noch schlimmer als die Konsequenzen des Waldsterbens, befürchtet Zöpel. Der Minister: Abgestorbene Bäume könnten zur Not durch Neuanpflanzung ersetzt werden, zerstörte Denkmäler seien ein für allemal verloren.

Grund genug, die landeseigenen Baudenkmäler Zwecks intensiver Betreuung aufzulisten. Diese Liste ist jetzt komplett. Sie umfaßt genau 385 erhaltenswerte Denkmäler seit der Karolingischen Zeit bis ins 20. Jahrhundert. Es handelt sich dabei um wichtigsten von insgesamt 8000 Denkmälern in Landesbesitz – vor allem das bauliche Erbteil der Preußischen Obrigkeit wie Land- und Amtsgerichte, Gefängnisbauten und Polizeipräsidien, aber auch Schlösser und Kirchen. Unter anderem gehören dazu: Gerichtsgebäude in Dortmund, Lünen, Hagen, Wetter, Lüdenscheid, Meschede und Olpe, das Oberbergamt Dortmund, das Untere Schloß in Siegen, das frühere Augustinerkloster in Attendorn und das Arnsberger Forstamt.

In diesen Tagen geht die vom Zöpel-Ministerium erstellte Liste den betroffenen Gemeinden zu. Diese sind rechtlich verpflichtet, die Denkmäler in die örtlichen Schutzlisten aufzunehmen. Das wiederum bedeutet, daß keines dieser 385

Denkmäler in seiner historischen Gestalt ohne Genehmigungsverfahren verändert werden darf.

1985 werden rund 20 Mio. DM für die Erhaltung der landeseigenen Denkmäler ausgegeben, während es zwischen 1980 und 1984 insgesamt 60 Mio. DM, also „nur“ 12 Millionen pro Jahr gewesen sind. Der erhöhte Aufwand hat, so Minister Zöpel, auch arbeitsmarktpolitische Effekte. Vor allem der handwerklich orientierten Bauwirtschaft werde dies „nicht schlecht bekommen“.

Da mittlerweile in NRW mehrere Ausbildungsgänge für Restaurationswesen bestehen, wird man für die einschlägigen Arbeiten wohl auch immer seltener polnische Experten heranziehen müssen. Gleichsam als flankierende Maßnahme ist in Aachen eine „Informationsstelle für Bauschadenforschung“ eingerichtet worden, die sich sowohl um rissige Brücken als auch um verwitterte Denkmäler kümmert.